



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, 11055 Berlin

Herrn
Hubertus Zdebel MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Postaustausch

Rita Schwarzelühr-Sutter
Parlamentarische Staatssekretärin
Mitglied des Deutschen Bundestages

TEL +49 3018 305-2030

FAX +49 3018 305-2039

buero.schwarzeluehr@bmu.bund.de

www.bmu.bund.de

Berlin, **30. Aug. 2018**

Sehr geehrter Herr Kollege,

Lieber Herr Zdebel,

Ihre Schriftliche Frage mit der Arbeitsnummer 8/237 vom 23. August 2018
(Eingang im Bundeskanzleramt am 23. August 2018) beantworte ich wie
folgt:

Frage 8/237

„Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über den Fund von Waffenteilen in der Urananreicherungsanlage in Gronau vor
(<https://www1.wdr.de/nachrichten/westfalen-lippe/waffenteile-bei-mitarbeiter-entdeckt-100.html>; <http://www.wn.de/Muensterland/3435359-Ermittlungen-Waffenteile-in-Uran-Fabrik-entdeckt>; <http://www.wn.de/Muensterland/Kreis-Borken/Gronau/3435460-Wohnhaus-von-Urenco-Mitarbeiter-durchsucht-Waffenteile-in-Anreicherungsanlage>), und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung in diesem Zusammenhang bezüglich der Überarbeitung/Überprüfung der Sicherheitskonzepte des Betreiberkonzerns Urenco ergreifen?“

Antwort



Seite 2

Nach Auskunft des für die atomrechtliche Aufsicht zuständigen Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen (MWIDE) wurden in einer Werkstatt auf dem Gelände der Urenco Deutschland Waffenteile von einem Mitarbeiter entdeckt und dem Objektsicherungsdienst gemeldet. Nach Hinzuziehung der Polizei und der Durchsuchung des Geländes habe sich ein Mitarbeiter dem Betriebsrat und dem Sicherungsdienst offenbart. Der Mitarbeiter stellte sich freiwillig der Kriminalpolizei Gronau, die die Ermittlungen in dem Verfahren übernommen habe. Nach derzeitigem Kenntnisstand handele es sich bei dem Täter um einen Einzeltäter ohne extremistischen oder terroristischen Hintergrund. Der Mitarbeiter sei seit 1999 bei der Urenco Deutschland tätig und bislang unauffällig gewesen. Die in der Werkstatt aufgefundenen Gegenstände wären nicht zu einer scharfen Waffe montierbar gewesen. Das Arbeitsverhältnis mit dem Mitarbeiter sei zwischenzeitlich beendet worden. Nach Auskunft der Urenco Deutschland seien weitere Maßnahmen ergriffen worden, um in Zukunft einen ähnlichen Fall verhindern zu können.

Das zuständige Landesministerium (MWIDE) prüft und bewertet aktuell die Maßnahmen der Urenco. Eventuell weitergehende Schritte sind nicht zuletzt abhängig von den abschließenden polizeilichen bzw. staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsergebnissen.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Schwann-Tietz

